

Kommentare



Friedrich Merz polarisiert

Der falsche Kandidat für Partei und Land

VON WERNER KOLHOFF

Seit der Europawahl ist so gut wie sicher, dass Friedrich Merz die Union in den nächsten Bundestagswahlen führen wird. Doch sollten die Granden von CDU und CSU noch einmal ernsthaft überlegen. Denn Merz ist, gelinde gesagt, ein problematischer Kandidat. Für die Partei, aber auch für das Land.

Zweifellos hat der Sauerländer seine Qualitäten. Er ist ein Macher. Entschlussfreudig. Zackig. Ein Konservativer von altem Schrot und Korn. Kein Drumherumgerede. Merz traut sich („Seien wir doch mal ehrlich“), vermeintliche Tabus anzugreifen. Das Bürgergeld. Die Rente mit 63, die „kleinen Patschas“.

Doch genau deshalb ist Friedrich Merz strategisch gesehen nicht der beste Kanzlerkandidat für die Union. Er erweitert das Wählerspektrum für CDU/CSU nicht, er verengt es vielmehr. Wegen seiner Ankündigung der Kürzung von Sozialausgaben, wegen seiner Ablehnung der Klimawende und wegen seines harten Kurses gegen Flüchtlinge. Er wird auf der linken Seite alles in die Schützengräben treiben, was Beine hat und gleichzeitig rechts nicht genug dazugewinnen, weil dort schon die AfD ist. Es ist doch bezeichnend, dass Merz bei der Kanzlerfrage selbst jetzt noch hinter Olaf Scholz liegt. Das muss man erst einmal schaffen.

Der 68-Jährige wäre aber auch ein schlechter Kanzler. Zum einen, weil er überhaupt keine Regierungserfahrung hat. Weder in einem Bundesland noch in einem Bundesministerium. Seine außenpolitischen Erfahrungen gründen auf gerade mal fünf Jahren Mitgliedschaft im Europaparlament – vor mehr als 30 Jahren! Da regierte in Moskau noch Gorbatschow.

Der zweite Grund: Merz ist auf Konfrontation gepolt. Er gibt immer den Zampano. Ein Kanzler aber muss moderieren,

muss einbinden, muss andere gewinnen. Denn auch die neue Regierung wird nicht von der Union allein gestellt werden, sondern von zwei, wenn nicht drei Parteien. Und sie wird im Bundesrat ebenfalls nicht durchregieren können, sondern für ihre Projekte werben müssen. Das schafft ein Kanzler nur, wenn er als ehrlicher Makler akzeptiert wird.

Angela Merkel hat in ihren langen Jahren als Kanzlerin niemals respektlos über die politischen Konkurrenten gesprochen. Sondern ihnen immer zu gutegehalten, dass auch ihre Position legitim sei. Anders Merz. Er gefällt sich darin, auszuteilen, er ist verliebt in die eigenen Sprüche und genießt die Lächer, die er dafür bekommt. So hat er in den letzten Jahren fast alle vor den Kopf gestoßen. Die FDP? Aus seiner Sicht überflüssig. Die Grünen? Erklärte Hauptgegner. Die Sozialdemokraten? „Partei der subventionierten Arbeitslosigkeit“.

Kein Vertrauensverhältnis zu Ampel-Politikern

Anders als Merkel hat Merz auch persönlich zu keinem Politiker der Ampel-Parteien ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Nicht bei den Grünen, nicht bei der FDP und bei der SPD nur zu Fraktionschef Rolf Mützenich. Ansonsten redet er abwertend selbst über Leute wie Olaf Scholz, Anton Hofreiter oder Agnes Strack-Zimmermann. Mit wem will er da künftig eine Koalition schmieden, mit wem sie zusammenzuhalten? Nicht besser in der Union selbst, wo er mit Hendrik Wüst und Markus Söder die zwei wichtigsten Regierungschefs gegen sich aufgebracht hat.

Summa summarum: Friedrich Merz ist vielleicht ein geeigneter Parteiführer für die CDU in Oppositionszeiten. Ein guter Einpeitscher. Aber er ist nicht der beste Kanzlerkandidat für die Union und ebenso nicht der beste Kanzler für Deutschland. CDU und CSU sollten weiter suchen.



Neuer Anlauf im Bundestag

Organspende muss völlig freiwillig bleiben

VON KERSTIN MÜNSTERMANN, BÜRO BERLIN

Es ist ein neuer Anlauf, den Abgeordnete am Montag fraktionsübergreifend im Bundestag starten: Sie wollen bei der Organspende die Widerspruchslösung einführen. Das heißt, dass zunächst alle Bürger und Bürgerinnen als Spender gelten sollen – es sei denn, man widerspricht. Derzeit sind Organentnahmen nur mit ausdrücklicher Zustimmung erlaubt.

Die Widerspruchslösung ist damals zu Recht im Bundestag gescheitert. Die Entscheidung darüber, was nach dem Tode mit den eigenen Organen geschieht, gehört zur Selbstbestimmung jedes Menschen. Der Staat darf sich nicht das Recht sichern, Organe zu entnehmen, wenn der Einzelne nicht ausdrücklich widerspricht.

Bei den meisten E-Mails, bei jeder Werbung wird man um Einwilligung gebeten. Ausgerechnet beim eigenen Körper muss man aktiv widersprechen? Das kann nicht sein.

Denn die Widerspruchslösung kehrt das Prinzip um: Wer nicht ganz deutlich ausschließt, seine Organe zu spenden, gibt automatisch seine Einwilligung. Ein Zwang, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, Formulare auszufüllen – da geht der Staat entschieden zu weit. Viele Menschen haben keinen Anteil am politischen Leben, an ihnen gehen solche Aufklärungskampagnen komplett vorbei. Ein Still-schweigen ist keine Zustimmung!

In Deutschland warteten Ende vergangenen Jahres knapp 8.400 Patienten auf ein Spenderorgan. Dem standen 2.900 Organspenden 2023 gegenüber. Das sind viel zu wenige. Aber es zeigt auch die Unsicherheit bei dem Thema auf.

Die Spende von Organen ist ein Geschenk von einem Menschen an einen anderen. Das Größte, was man machen kann. Das muss es bleiben. Einen moralischen Druck aufzubauen, ist Unrecht. Wer spenden will, soll das unbedingt tun. Aber aus völlig freiem Willen.

„Tipps“ zur Wahl im Osten

CDU-Chef Merz warnt vor Stimmen für schwache Ampel-Parteien - Keine Koalition mit der AfD

VON HAGEN STRAUß, BÜRO BERLIN

Berlin. Diesmal hat CDU-Chef Friedrich Merz sein erstes Sommerinterview fehlerfrei absolviert. Gelassen blickt man bei der Konkurrenz auf seinen Appell an die Ostdeutschen, bloß nicht eine Ampel-Partei zu wählen. Ist das die neue Unionsstrategie?

2023 hatte Merz im ZDF-Sommerinterview für große Aufregung gesorgt, als er ungeschickt mögliche Zusammenarbeit mit der AfD in Kommunen einen Freibrief erteilte. Innerparteilich war die Kritik so groß, dass Insider noch davon sprechen, Merz sei angezählt gewesen. Jetzt sitzt er fest im Sattel.

Nun also kein Interview-Fauxpas. Dafür aber eine Bitte an die ostdeutschen Wähler – wegen des Erstarkens der AfD und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW). Die Ampel-Parteien spielten im Osten doch kaum noch eine Rolle, während die CDU zweitstärkste Partei sei, so Merz. Daher appelliere er: „Wählerinnen und Wähler in Sachsen und Thüringen, die erwägen, bei den Landtagswahlen am 1. September SPD, FDP oder Grüne zu wählen – die allesamt einstellig sind und möglicherweise alle drei unter fünf Prozent landen – kann ich nur bitten, in dieser Situation die CDU zu wählen.“ Es gehe um „klare Verhältnisse“, die es nur mit der Union gebe.

Für den Trierer Politikwissen-

„Wählerinnen und Wähler in Sachsen und Thüringen, die erwägen, bei den Landtagswahlen am 1. September SPD, FDP oder Grüne zu wählen - die allesamt einstellig sind und möglicherweise alle drei unter fünf Prozent landen - kann ich nur bitten, in dieser Situation die CDU zu wählen.“

Friedrich Merz, CDU-Chef



Im ZDF-Sommerinterview hat CDU-Chef Friedrich Merz abgeraten, bei den Kommunalwahlen in Ostdeutschland die schwachen Ampel-Parteien zu wählen. Foto: Dominik Asbach

schaftler Uwe Jun ist das Vorgehen des Parteichefs leicht zu erklären. „Angesichts der in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommenden Stärke der AfD bei den kommenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg steht die CDU vor schwierigen Koalitionsentscheidungen, insbesondere mit Blick auf das BSW“, so Jun zu unserer Redaktion. „Ihr Motto lautet daher, so stark wie möglich zu werden, um mögliche Regierungsbildungen ohne die AfD nicht allzu kompliziert werden zu lassen.“

Fakt ist: Eine Kooperation mit der AfD soll es keinesfalls geben – das ist Parteibeschluss. Mit Blick auf das BSW hatte der CDU-Chef nach der Europawahl eine Zusammenarbeit ebenfalls kategorisch ausgeschlossen, was für Unmut in den ostdeutschen Landesverbänden sorgte. Nun hat man dort wieder freie Hand,

weil Merz seine Absage an Wagenknecht nur noch auf die Bundesebene bezogen wissen will.

„Berliner Koalition Schuld am Aufschwung der Populisten“

Der Merz-Appell passt freilich zur Auffassung in der Union, dass vor allem die Berliner Koalition Schuld am Aufschwung der Populisten sei, man selber aber nicht. Als Opposition habe man keine Möglichkeit zu zeigen, „dass wir es besser können“, heißt es im Umfeld des Partei- und Fraktionschefs. Und auch im Osten hält man die Ansage des Vorsitzenden prinzipiell für sinnvoll. „Der Grundgedanke ist völlig richtig, mit der Wahl der letzten verbliebenen Volkspartei CDU die demokratische Mitte zu stärken“, so der ehemalige thüringische CDU-Landesvorsitzende Mike Mohring zu unserer Redaktion.

Aber: Zu Ende gedacht bliebe dann nur eine Koalition mit einer AfD übrig, zu der man eine „von mir kritisierte, da an der Lebenswirklichkeit scheiternde Brandmauer“ hochgezogen habe. Oder aber mit dem parlamentarischen BSW. „Wo da dauerhafte und verlässliche Mehrheiten herkommen sollen, muss den Wählern noch jemand schlüssig sagen“, betont Mohring.

Den Angriff auf die Ampel-Parteien nimmt man dort jedenfalls gelassen hin – nicht ohne Seitenhieb. Ziel aller demokratischen Parteien müsse es sein, so FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zu unserer Redaktion, „mit klugen Antworten die Probleme der Menschen zu lösen. So macht man die populistischen Ränder klein. Das ist jedenfalls das Ziel der FDP.“ Bei Merz sieht Djir-Sarai da offenbar noch Nachholbedarf. (lit)

Verbale Angriffe dominieren

Lagebild: Fast 2.000 antimuslimische Vorfälle erfasst

Berlin. Verbale und körperliche Angriffe, Diskriminierung oder Sachbeschädigung: Die Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit hat im vergangenen Jahr 1.926 antimuslimische Vorfälle erfasst. Durchschnittlich hätten sich damit täglich mehr als fünf solcher Vorfälle ereignet, heißt es in einem am Montag in Berlin vorgestellten zivilgesellschaftlichen Lagebild der Allianz Claim, die vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. Muslimfeindliche Äußerungen im Internet fließen in das Lagebild nicht ein.

Im Vergleich zum vorherigen Jahr mit 898 dokumentierten Vorfällen erfasste die Allianz demnach 2023 mehr als doppelt so viele Fälle, wobei sich die Datengrundlage verändert hat: Sowohl 2022 als auch 2023 flossen den jeweiligen Berichten zufolge bundesweite Meldungen über das Portal „I-Report“, die Statistik für politisch motivierte Gewalt und Polizei- und Pressemeldungen in die Lagebilder ein. 2023 kamen den Angaben nach Fallzahlen



Laut dem Lagebild zieht sich antimuslimischer Rassismus durch alle Lebensbereiche. Foto: Wendt/dpa

wirklich aus der Mitte der Gesellschaft“, betonte sie.

Rund zwei Drittel der 2023 dokumentierten Fälle machten verbale Angriffe aus. Dazu gehören Volksverhetzung und Beleidigungen, etwa Drohschreiben an Restaurants oder Imbisse, deren Inhaber als muslimisch wahrgenommen wurden. Insgesamt seien 90 Angriffe auf solche Orte und auf religiöse Einrichtungen erfasst worden. Neben 1.277 verbalen Angriffen umfasst das Lagebild 363 Fälle von Diskriminierung und 286 Fälle von „verletzendem Verhalten“. In letztere Kategorie fallen 178 Körperverletzungen, 4 versuchte Tötungen, 93 Sachbeschädigungen, 5 Brandstiftungen und 6 weitere Gewalttaten. Antimuslimischer Rassismus ziehe sich durch alle Lebensbereiche – von der Wohnungssuche über den Arztbesuch bis hin zur Schule. „Ein großer Teil der dokumentierten Vorfälle trifft vor allem muslimische Frauen und findet im Bildungsbereich sowie im öffentlichen Raum statt“, teilte die Allianz mit. (dpa/axt)

Georg Gänswein Vatikan-Stimme im Baltikum

Rom. Papst Franziskus schickt den langjährigen Privatsekretär seines Amtsvorgängers Benedikt XVI., Georg Gänswein, als Vatikan-Botschafter ins Baltikum. Laut Heiliger Stuhl wird Gänswein in Vilnius Apostolischer Nuntius, vertritt die Interessen des Vatikans in Litauen, Estland und Lettland.

Der 67-Jährige hat kein Amt. Im Juni versetzte ihn Franziskus zurück nach Freiburg. Das Verhältnis zwischen Papst und Gänswein ist angespannt. Der Schwarzwälder hat sich nach dem Rücktritt von Benedikt XVI. 2013 um den emeritierten Pontifex gekümmert. Nach dessen Tod 2022 veröffentlichte er ein Buch: „Nichts als die Wahrheit“ kam auf Platz eins der Sachbuch-Bestsellerliste. Darin äußerte sich Gänswein enttäuscht über Franziskus. (dpa/lit)

Ihr Draht zu uns

Telefon 0471/597-
 ▶ Christoph Willenbrink (wil) -256
 ▶ Tim Albert (tra) -258
 ▶ Marcus Kretzner (mkr) -295

